



SPD-Bürgerschaftsfraktion Hamburg | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

HUMANISTISCHE UNION e.V.
Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4

10405 Berlin

Dr. Andreas Dressel
Telefon: 040 42831-1325
Mobil: 0175 5729071
Fax: 040 4273-12291
andreas.dressel@spd-fraktion.hamburg.de

10. August 2017

Ihre Mail vom 29.07.2017

Sehr geehrter Herr Koep-Kerstin,

vielen Dank für Ihren Brief und die darin enthaltenen Hinweise, auf Fragen, denen nachzugehen ist. Ich als Fraktionsvorsitzender, die Abgeordneten, die unsere Fraktion im Sonderausschuss zur Aufarbeitung der gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg vertreten und alle übrigen Fraktionsmitglieder haben – ebenso wie Sie - ein großes Interesse daran, die Fragen zu G20, die Sie in Ihrem Brief aufwerfen zu klären. Für uns stellen sich aber etliche Fragen mehr, die weit über das Anliegen Ihres Briefes hinausreichen.

Aus diesem Grund steht im Fokus unserer Aufarbeitung nicht einseitig die Frage, ob und welche Verfehlungen der Polizei zur Last gelegt werden könnten. Eine solche Sichtweise greift aus unserer Sicht eindeutig zu kurz und geht an der Realität vorbei. Deswegen weisen wir auch eine solche eindimensionale Fokussierung auf vermeintliches Fehlverhalten der Polizei vor und während der Gipfeltage entschieden zurück.

Die Ausschreitungen am 6., 7. und auch noch abends am 8.7.2017 und deren Dynamik lassen uns indes natürlich nicht unberührt ebenso wenig wie die Berichte über einzelne polizeiliche Übergriffigkeiten im Zusammenhang mit aber auch außerhalb des Versammlungsgeschehens. Ursachen, Urheberinnen und Urheber, Mobilisierungsaktivitäten der G20-Gegnerinnen und Gegner, die Planung und Umsetzung des Sicherheitskonzepts zur Durchführung des G20-Gipfels sind von uns als Parlamentarier mit aller gebotenen Ernsthaftigkeit aufzuarbeiten. Auf der Grundlage der erarbeiteten Erkenntnisse, werden wir über die notwendigen politischen Konsequenzen zu entscheiden haben.



Rathausmarkt 1
20095 Hamburg
Tel.: 040 42831-1325
Fax: 040 4273-12291
info@spd-fraktion.hamburg.de
www.spd-fraktion-hamburg.de



In die parlamentarische Aufklärung sind wir bereits eingestiegen. Schon am 19.7.2017 fand eine Sondersitzung des Innenausschusses statt, in der wir uns bis spät in die Nacht mit der polizeilichen Einsatzstrategie, einzelnen Versammlungsabläufen und den ersten polizeilichen Erkenntnissen nach dem G20-Gipfel auseinandersetzten. Das Wortprotokoll dieser Ausschusssitzung ist inzwischen einsehbar und ich füge es diesem Antwortschreiben bei.

Im Sonderausschuss zu G20 werden wir umfassend aufarbeiten, wie es zu dieser Eskalation der Gewalt kommen konnte: Es reicht dabei nicht, sich nur gemeinsam über die Einsatzpläne der Polizei zu beugen, wir brauchen eine ganzheitliche Aufarbeitung der Geschehnisse. Dazu gehört auch, sich intensiv mit der riesigen Bandbreite des gewalttätigen Spektrums zu befassen, das vom gut organisierten Autonomen bis zum gewaltorientierten Jugendlichen reicht. Was können, was müssen wir politisch und gesellschaftlich tun? Darauf wollen wir Antworten finden, der Senat muss dabei Rede und Antwort stehen, und wir wollen viele Experten zu Wort kommen lassen. Wir wollen eine echte Aufarbeitung vor den Augen der Öffentlichkeit möglichst ohne Parteistreitigkeiten.

Auch im Rahmen eines Sonderausschusses haben die Parlamentarier das Recht, in die Akten Einsicht zu nehmen. Von diesem Recht werden wir selbstverständlich Gebrauch machen und die Erkenntnisse daraus in die Aufarbeitung einfließen lassen. Insofern sind wir an dieser Stelle nicht eigens auf einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss angewiesen. Der G20-Gipfel und die Proteste gegen ihn haben zudem tief in unsere Stadtgesellschaft hineingewirkt. Es sind Menschen und Sachen zu Schaden gekommen. Ein Gefühl der Verunsicherung ist bei vielen Menschen zurückgeblieben. Für uns ist es daher wichtig, mit dem Sonderausschuss ein Forum zu haben, das es uns erlaubt, möglichst kommunikativ offen und im Dialog mit unserer Stadtgesellschaft die Aufarbeitung voranzutreiben. Uns geht es darum, ein ganzheitliches Bild der Geschehnisse und Abläufe zu entwickeln und dabei möglichst viele Stimmen einzubinden. Wir sind der festen Überzeugung, dass uns das mit diesem Sonderausschuss gelingen wird.

Die Polizei hat für die im Rahmen des Gipfels begangenen Straftaten zudem die Sonderkommission (Soko) „Schwarzer Block“ eingerichtet. Diese Soko wird die Straftaten, die rund um den G20-Gipfel begangen wurden, aufklären. Das umfasst die Straftaten, die seitens der Protestgegner begangen wurden. Ebenso wird den Strafanzeigen gegen Polizistinnen und Polizisten nachgegangen. Schließlich werden auch unsere Gerichte im Rahmen von individuellen Rechtsstreitigkeiten ihren Beitrag zur Aufklärung der Fragen beitragen, die sich uns und ihnen gleichermaßen stellen. Die Aufklärungsarbeit verteilt sich somit auf die Legislative, Exekutive und Judikative. Ich denke, dass die Arbeit aller drei Gewalten zu Ergebnissen führen wird, die sowohl den Grundrechten als auch dem Gebot der Rechtsstaatlichkeit angemessen sind.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Andreas Dressel